

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Jens Ahrends (AfD)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Aussteigerprogramm für Linksextremisten in Niedersachsen

Anfrage des Abgeordneten Jens Ahrends (AfD), eingegangen am 30.01.2020 - Drs. 18/5721
an die Staatskanzlei übersandt am 03.02.2020

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung
vom 26.02.2020

Vorbemerkung des Abgeordneten

Mit der „Aktion Neustart“ bietet die Abteilung Verfassungsschutz des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport ein Aussteigerprogramm an, das sich an Extremisten aus den Bereichen des Rechtsextremismus und Islamismus richtet.

Auch Linksextremisten stellen für Staat, Politiker, Journalisten und Bürger eine Gefahr dar, die in Medien als unterschätzt dargestellt wird.¹ Zu gewalttätigen Ausschreitungen, die sich vornehmlich gegen die Polizei richteten, ist es zuletzt in Leipzig gekommen, und auch in Braunschweig versammelten sich am 30. November 2019 etwa 500 gewaltbereite Personen eines „Bündnisses gegen Rechts“.² In Nordrhein-Westfalen³ und auf Bundesebene⁴ wurden bereits Aussteigerprogramme für Linksextremisten eingeführt.

Im Rahmen einer Unterrichtung der Landesregierung im Ausschuss für Inneres und Sport am 6. Dezember 2018 zum Antrag „Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!“⁵ teilte ein Vertreter des Landesinnenministeriums bezüglich eines Aussteigerprogramms für Linksextremisten mit, dass man offen dafür sei, sich damit zu beschäftigen, aber noch Forschungslücken zu füllen seien, um gute Ansätze zu erhalten.⁶

1. Bestehen Planungen, ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten in Niedersachsen aufzulegen? Falls ja, in welchem Zeitraum ist mit dem Programmbeginn zu rechnen? Falls nein, warum nicht?

Seit Ende 2019 hält der niedersächsische Verfassungsschutz ein Ausstiegsangebot für den Bereich des Linksextremismus vor. Hierzu wurde das Aussteigerprogramm Aktion Neustart, das sich bisher an Rechtsextremisten und Islamisten wandte, nunmehr auf alle Extremismusphänomene ausgeweitet. Somit richtet sich das Aussteigerprogramm nun an Rechtsextremisten, Islamisten, Linksextre-

¹ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/angriffe-von-militanten-linksextreme-gewalt-die-unterschaetzte-gefahr/25385834.html>, <https://www.mdr.de/tv/programm/sendung851488.html>, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/linksextremismus-101.html>, <https://www.cicero.de/innenpolitik/linksextremismus-g20-hamburg-sternschanze-linke-gewalt-hambacher-forst/plus>, <https://www.presseportal.de/pm/105413/3725033>.

² Vgl. Drs. 18/5565.

³ <https://www.im.nrw/left>.

⁴ <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteigerprogramm-linksextremismus>.

⁵ Drs. 18/1855.

⁶ Niederschrift über die 39. Sitzung des AfluS, S. 36.

misten sowie an den Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug und Scientology. Die Möglichkeit der Ausstiegshilfe aus dem Linksextremismus wurde bereits in den Sozialen Medien beworben.

2. Hat sich die Landesregierung bzw. das zuständige Fachministerium darum bemüht, bestehende Forschungslücken zu schließen? Falls ja, wie? Falls nein, warum nicht?

Im Oktober 2019 hat der Landespräventionsrat Schleswig-Holstein eine neue wissenschaftliche Studie mit dem Titel „Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein“ veröffentlicht. Die in der deutschsprachigen Forschungslandschaft vorliegenden Erkenntnisse zu den spezifischen Ursachen und Entstehungsbedingungen des Linksextremismus werden zusammenfassend dargestellt und darauf aufbauende Handlungsempfehlungen abgeleitet. Eine Empfehlung, ein Aussteigerprogramm für Linksextremisten aufzulegen, ist in der Studie nicht enthalten.

Im Rahmen einer Weiterentwicklung der Extremismusprävention plant das Niedersächsische Justizministerium derzeit, eine ergänzende wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese soll sowohl eine Analyse der Erscheinungsformen des Linksextremismus und des Ausmaßes linker Gewalt in Niedersachsen als auch eine ergänzende Auswertung internationaler Forschungserkenntnisse zu Ursachen und Entstehungsbedingungen sowie daraus abgeleitete Empfehlungen zur spezifischen Prävention von Linksextremismus enthalten.

3. Gibt es eine Zusammenarbeit und einen Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Stellen in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene im Hinblick auf die Einführung eines Aussteigerprogramms für Linksextremisten in Niedersachsen? Falls ja, welche Erkenntnisse wurden bislang für Niedersachsen gewonnen? Falls nein, warum nicht?

Mit den zuständigen Stellen in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene gab und gibt es einen Erfahrungsaustausch im Hinblick auf etwaige Unterschiede in der Ausstiegsarbeit mit Linksextremisten im Vergleich zu der Ausstiegsarbeit mit Rechtsextremisten und Islamisten. Es ist zu vermuten, kann aber noch nicht empirisch belegt werden, dass proaktive Ansprachen mit dem Ziel der Generierung eines Ausstiegsimpulses bei Linksextremisten weniger erfolgswahrscheinlich sind, weil der Staat, bzw. staatliche Institutionen für Linksextremisten per se ein Feindbild sind. Gleichwohl wird das Ausstiegsangebot von Aktion Neustart so beworben, dass auch Linksextremisten darüber informiert sind, um sich gegebenenfalls, also bei Vorliegen eines Ausstiegswillens, rat- und hilfesuchend an Aktion Neustart wenden zu können.

4. Aus welchen Gründen wurde bislang kein Aussteigerprogramm für Linksextremisten in Niedersachsen eingeführt?

Siehe Antwort zu Frage 1.